

Hoppelte Wollwolle. Die Wollwolle kann unter gewissen Voraussetzungen bis zum 18. Lebensjahre gezahlt werden. Eine weitere Forderung ist die ehemalige Witwenrente. Sie beträgt zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes und wird gezahlt, wenn der Schwere verleihe (50 v. H.) verstorben, der Tod aber nicht die Folge des unfalligen Unfalles ist.

Alle Renten für Unfälle, die sich vor dem 14. Juli 1924 ereigneten, werden auf der Grundlage der Reichsmark neu berechnet. Die bisher gezahlten Rentenzulagen fallen daher weg. Bei der Neuberechnung kann der Jahresarbeitsverdienst aus dem Jahre vor dem Unfall zugrundegelegt werden; dabei erfolgt jedoch ein im Gesetz festgelegter Zuschlag zum Ausgleich für den Unterschied im Geldwert zwischen der Zeit des Unfalles und der Jetztzeit. Die neue Rente kann aber auch nach dem heute geltenden Verdienste eines gleichwertig Beschäftigten berechnet werden.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Nachlese zum Kampf in der chemischen Industrie.

Seit einigen Wochen ist wieder Friede in der chemischen Industrie des Frankfurter Bezirkes, und in unserer rassistischen Zeit denkt heute wohl nur noch der direkt Beteiligte an diesen schweren Kampf zurück. Doch ist es gut und notwendig, nochmals mit einigen Zeilen diese Angelegenheit zu streifen.

Zunächst ein Wort zu der Auswirkung des Kampfes. Wenn man von dem geringen finanziellen Ergebnis absteht, kann heute mit vollem Recht behauptet werden, daß der Kampf den Gewerkschaften einen großen moralischen Erfolg brachte. Das äußert sich zunächst darin, daß eine über Erwarten große Zahl der bisher Nichtorganisierten nach der Absperrung den Weg zur Organisation zurückgefunden hat. Dieser Instrom hält heute noch unvermindert an, obwohl Industrie-Verband und Syndikalistik durch Verbreitung von Flugblättern schmutziger Art sich die erdenklichste Mühe geben, die aufkommende Einsicht der Arbeiterschaft zu zerstören. Wenn sie von dem Unternehmertum für diese Zerstörungsarbeit bezahlt würden, könnten sie wirklich kaum einen größeren Eifer an den Tag legen.

Aber nicht nur in der Zunahme der Zahl nach ist eine bedeutende Erfolge der Organisation, namentlich des Fabrikarbeiterverbandes, eingetreten, sondern, was mindestens ebenso hoch einzuschätzen ist, die Opferbereitschaft für den Verband ist gewaltig gestiegen. Während es bisher recht schwer hielt, einen wöchentlichen Beitrag von 70 bis 80 Pf. einzubringen, ist heute auf Wunsch der Arbeiterschaft durchweg ein Beitrag von 1 Mk. pro Woche, ja zum großen Teil weit darüber hinaus, eingeführt und wird, durch die Erfahrungen der Absperrungen begründet, gern gezahlt. Da diese Entwicklung sich namentlich auch in den Großbetrieben zeigt, wird die Arbeiterschaft nach Ablauf des Streiks einen weit stärkeren Machtfaktor darstellen, als das beim Beginn des verflochtenen Kampfes der Fall war. Die Gewerkschaften können also mit der Auswirkung des Kampfes, abgesehen von dem finanziellen Erfolge, sehr zufrieden sein. Ob die Arbeitgeber mit dieser Entwicklung bei Beginn der Absperrung gerechnet hatten, ist wohl kaum anzunehmen.

Bei der Durchführung des Schlichtenspraches, soweit die Wiederaufnahme der Arbeit in Frage kommt, gibt es heute noch einige Schwierigkeiten. Es soll anerkannt werden, daß eine große Anzahl Werke sich bemüht haben, jeden Anschein zu vermeiden, als solle kleinliche Rücksichtlichkeit geübt werden. Aber einige haben es sich doch nicht verkneifen können, der hohen Organisation, die man im offenen Kampfe nicht überwinden konnte, nachträglich in die Ferien zu heißen, sei es in der Weise, daß man Funktionäre des Verbandes nicht wieder einstellen wollte, sei es, daß man andere kleinliche Nadelstiche beabsichtigte, um so seinen Mißmut an der Arbeiterschaft anzudeuten, die es gewagt, im offenen ehrlichen Kampfe ihre Interessen zu vertreten. Wir wollen vermeiden, Firmen und Namen zu nennen, nur einen Fall, der am so peinlicher berührt, als wir dem Leiter dieses großen Werkes auf Grund seiner bisherigen Haltung große persönliche Achtung entgegenbrachten, sei hier erwähnt. Die Arbeiterschaft dieses Werkes hat bisher fast ausschließlich einen allgemeinen Vorstoß bekommen, um den durch die Feiertage entstehenden großen Verdienstausfall besser zu überwinden. Ein derartiger Antrag wurde bei den jetzt zurückliegenden Feiertagen abgelehnt, während den Angestellten, denen man schon bei Ablauf des Kampfes den Dank für ihre Haltung ansprach, ein Monatsgehalt als Weihnachtsgabe besichert wurde. Allerdings unter Abnahme des Versprechens, daß darüber gegenüber der Arbeiterschaft stillschweigen gewahrt würde. Die Folge davon war, daß die Angestellten, namentlich die, deren Gehälter monatlich nicht nach Hunderten, sondern nach Tausenden zählten, das Fest der Liebe und der Vergebung bei gut gedeckter Tafel feiern konnten, während die Arbeiter in der nach-Weihnachtswoche mit kaum 20 Mark Wochenlohn ihren Kindern das köstliche Brot schuldig bleiben mußten. Dabei kann dem Interesse halber noch hinzugefügt

werden, daß in diesem Werke, dem bisher 3 Direktoren vorstanden, in den letzten Tagen noch weitere 6 Herren zu Direktoren ernannt wurden. Es ist also in diesem Betriebe wie fast überall. Für die horrenden Forderungen von immer mehr Direktoren langt es trotz allem Klagen, nur wenn die Arbeiterschaft eine kleine Aufbesserung ihres kärglichen Verdienstes wünscht, mag sie darum wochenlang unter den größten Entbehrungen kämpfen und muß darüber hinaus noch damit rechnen, daß nachträgliche Schikanen ihr bitteres Los noch erschweren.

Gerade jetzt, wo wieder von verschiedenen Seiten, so unter anderem von Längler, die Schamalen von den gemeinsamen Interessen der sogenannten Arbeitsgemeinschaft gelassen werden, ist es notwendig, auf derartige Erscheinungen aufmerksam zu machen, zumal wenn sie sich in Betrieben ereignen, die bisher nicht zu den schlechtesten gehörten. Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie unseres Bezirkes wird sich weder durch kleinliche Ränke einzelner Unternehmer, noch durch schmutzige Anwürfe von Phantasten davon abhalten lassen, sich in ihrer Organisation eine Macht zu verschaffen, mit der auch der Farbentwurf rechnen muß, und durch die es gelingen muß, einen Lohn zu erreichen, der im Gegensatz zu heute eine menschliche Lebenshaltung ermöglicht. Auf Gratifikationen oder sonstige Wohlthaten wird sie dann gern verzichten.

Der Ruf nach dem Wirtschaftsdiktator.

Riesengewinne in der Kali-Industrie.

Venerabildirektor Koster vom Wintershall-Konzern, der Kali-Bewaltiger, welcher mit seinem Konzern 45 Prozent der Gesamtbeteiligung vom Kali-Syndikat beherrscht, produziert sich in der Nr. 4 der „DZ.“ vom 6. Januar 1925 als Volkswirtschaftler. Alles, was bisher auf diesem Gebiet von anderen Größen geleistet wird, ist nach ihm, gelinde gesagt, Unfug. Koster glaubt das Problem lösen zu haben, wie man am schnellsten aus der heutigen wirtschaftlichen Krise herauskommen kann. Dazu verlangt er von der Regierung einen Wirtschaftsdiktator, welcher vom Parlament auf 2 oder 3 Jahre gewählt werden soll, mit der alleinigen Aufgabe, die Wirtschaft im Reich nach wirtschaftlichen Grundsätzen wieder in Ordnung zu bringen. Dieser Diktator soll mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden, die es ihm ermöglichen, alle bisherigen gesetzlichen Regelungen zwischen Unternehmern und Arbeitern aufzuheben. Wenn ihm etwas nicht paßt, soll er die Parlamente nach Hause jagen können, um allein Ordnung in die Bude zu bringen.

Es hat den Anschein, als ob Koster selbst auf diesen Posten scharf ist, vielleicht glaubt er an dieser Stelle ähnlich umspringen zu können wie in den Gewerkschaftsversammlungen des Wintershall-Konzerns.

Die Lösung des Koster'schen Problems besteht einfach darin, daß sämtliche Arbeiter und Angestellte täglich 1 1/2 Stunden länger arbeiten sollen. Koster bezugiert dabei folgendermaßen: Im Deutschen Reich sind ungefähr 18 Millionen Arbeiter und Angestellte vorhanden; wenn jeder täglich 1 1/2 Stunden länger und intensiver arbeiten würde, und der direkte und indirekte Gegenwart der Arbeitsleistung mit nur 1,20 Mk. pro Stunde gerechnet wird, so würde das 32 1/2 Millionen Reichsmark pro Tag, oder im Jahre rund 10 Milliarden Reichsmark bedeuten. Dieses Geld soll aber nicht etwa den Arbeitern, sondern der notleidenden Wirtschaft — gemeint sind damit die Unternehmer — zugute kommen, damit diese sich wieder etwas erholen können. Der tatsächliche Gegenwart der Arbeitsleistung wäre aber noch erheblich größer, weil man dann nicht den Amerikanern wegen geringer Darlehen nachzulaufen brauchte und dergleichen mehr. Ein anderer Weg ist nach Ansicht Koster's gar nicht möglich und auch nicht denkbar.

Manchem Kollegen wird beim Lesen dieser Zeilen ebenso wie vielleicht der Gedanke aufsteigen: „Ganz anders als in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt.“ Die ganze Weisheit Koster's konzentriert sich in Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne. Er meint, daß nur durch dieses Mittel die deutsche Wirtschaft wieder gefunden könne. Seiner Ansicht nach bleibt kein anderer Weg, als der der Mehrleistung durch Verlängerung der Arbeitszeit, wenn nicht das Elend auf noch weitere Volkschichten übergreifen soll.

Ihr Kalkül-Kampfschritt könnt also weiter verelenden, die Hauptsache ist, daß ihr länger und mehr arbeitet, damit die anderen Volkschichten, damit meint Koster die Aktionäre, sich in ihrem Verbrauch nicht einzuschränken brauchen. Wenn ihr täglich nicht mehr 2, sondern 1 1/2 Stunden arbeitet, daß die Lagerkammer recht bald bis unter den Dachern vollliegen, nur dann kann es besser werden. Die Verkäufungen werden dann rechtzeitig feierlich einleiten oder, wie es im Jahre 1924 war, ihre Betriebe für 6 Wochen schließen, damit ihr euch erholen könnt. So und ähnlich soll es auch in anderen Industrien gemacht werden. Koster ist daher der festen Über-

zeugung, daß mindestens 90 Prozent aller Arbeiter mit ihm vollständig darin übereinstimmen, daß der vorgeschlagene Weg der einzig richtige ist.

Kollegen, auf diese überaus starke Zustimmung mag eine deutliche Antwort erfolgen. Die Frühjahrskasse rückt näher, der Abzug wird in den nächsten Wochen stärker werden. Verweigert hierbei jede Überstunde und zeigt, daß ihr mit der zehn- und zwölftägigen Arbeitszeit nicht einverstanden seid, sondern bei den bevorstehenden Verhandlungen eine Verkürzung der Arbeitszeit fordert.

Koster ist in seinen Ausführungen auch recht ungehalten und schimpft darüber, daß man den Amerikanern wegen geringer Darlehen nachlaufen muß, und meint, es sei ein großer Irrtum, wenn man annähme, daß größere Kredite vom Ausland unsere wirtschaftliche Lage verbessern könnten.

Das Deutsche Kall Syndikat, in dem Koster tonangebend ist, hat soeben in England eine Anleihe von 100 Millionen Goldmark ausgenommen. Für die Geldgeber ist die Anleihe recht vorteilhaft, aber auch Koster, der darüber schimpft, hat seine Vorteile davon. In dem Emittitionsprospekt, der dazu herausgegeben wurde, weist das Kall Syndikat auf die äußerst günstigen Geschäftsergebnisse des Jahres 1925 hin. Dabei wird gesagt, daß der Wert der dem Syndikat angeschlossenen Werke 500 Millionen Goldmark betrage und im Jahre 1925 ein Reingewinn von 50 Millionen Goldmark erzielt wurde.

Kollegen, so leben die Kali-Industriellen aus. Sie freiben Wucher mit der Produktion, während man gar nicht daran denkt, die äußerst niedrigen Löhne der Kallarbeiter aufzubessern. Dieser Wucher geht so weit, daß sogar durch das Wolffsche Telegraphenbureau von der gesamten Presse eine Verbilligung der Kallkälze verlangt wird. Selbst in der bürgerlichen Presse wird gesagt, daß zwischen den Herstellungskosten und Verkaufspreisen eine Spannung läge, die erhebliche Verbilligungskosten zutriebe.

In ihrer Profitgier sind die Unternehmer rückwärtslos. Wenn die deutsche Wirtschaft Wirtschaftsdiktator à la Koster ausgeliefert würde, die nicht nur die Wirtschaft in ihrem Sinne führen, sondern gleichzeitig die gesamte Streitmacht in der Westentasche haben möchten, dann würden die deutschen Arbeiter angehrnte Dinge erleben.

Kollegen, noch ist es Zeit, den Nachgelassenen der Koster und Genossen einen Dämpfer aufzusetzen. Zeigt diesen Herrschaften, daß ihr nicht gewillt seid, auch so ausmergeln zu lassen, daß eine Handvoll Aktionäre und Gewerken ein Schlemmerleben führen können. Zeigt, daß ihr entschlossen seid, den Kampf um bessere Entlohnung und Verkürzung der Arbeitszeit anzunehmen. Die Manteltarifverhandlungen stehen vor der Tür. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wird kein leichter sein. Wollt ihr nicht unterliegen, dann rüffelt in den Betrieben die Laune und Diebstahligen auf. Macht ihnen begreiflich, daß der Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverband dringende Notwendigkeit ist.

Papier-Industrie

Jedes Überfluge.

Der Geschäftsbericht der Eienthal, Holzstoff- und Papierfabrik A.-G. zu Grafenau weist mit Stolz darauf hin, daß es im Geschäftsjahr 1924/25 gelungen sei, die Papierproduktion gegenüber dem Vorjahre um 25 Prozent zu erhöhen und daß in der Holzschleiferlei trotz zeitweilig ungünstiger Wasserhältnisse ebenfalls eine Mehrproduktion erzielt werden konnte. Wie uns von Arbeiterseite mitgeteilt wird, ist diese Mehrleistung in der Holzschleiferlei in erster Linie auf die Sonntagsarbeit zurückzuführen.

Dieser günstige Geschäftserfolg hat nun die Direktion veranlaßt, der Arbeiterschaft eine „Weihnachtsfreude“ zu bereiten. Nach Schätzung der Arbeiterschaft sollen 3000 bis 4000 Mark als Weihnachtsgatifikationen zur Verteilung gelangt sein. Die Art der Verteilung hat unter der Arbeiterschaft berechtigter Empörung hervorgerufen. Während der Lazareten einmals ausrief: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“, befahl Herr Direktor Fischer: „Laßt meine Lieblinge zu mir kommen!“

Daß die Gnadenlilie der Direktion selbst für diese Lieblinge noch nicht einmal gleichmäßig verteilt, ist ein Stück Ironie für sich. Der Dank des Hauses Eienthal verteilte sich ungefähr folgendermaßen: Von der rund 200 Mann starken Belegschaft erhielten zunächst einmal das kaufmännische und technische Personal eine Weihnachtsgatifikation in der Höhe eines Monatsgehältes. Der Rest wurde auf 10 bis 15 Direktionslieblinge aus der Arbeiterschaft verteilt. Aber selbst bei dieser Verteilung ist das Direktions-Christkind recht ungleichmäßig verfahren. Die Befragte an die Arbeiter schwanken zwischen 10 und 100 Mark. Den höchsten Betrag erhielten die Arbeiter, bei denen bombastischer feststand, daß sie von der Gewerkschafts-Organisation nichts wissen wollten. Die niedrigen Summen wurden jenen Arbeitern gegeben, bei denen die Direktion sich nicht vollkommen klar darüber war, ob sie dem Verherde angehören oder nicht.

Die Arbeiterkraft dieser Firma ist nun der Auffassung, daß die Hebung der Produktion in erster Linie auf die emsige Tätigkeit der Gesamtbelegschaft zurückzuführen ist und daß bei einigermaßen Gerechtigkeitsgefühl die Direktion moralisch verpflichtet gewesen wäre, evtl. zur Verteilung gelangende Geschäftserlöse der Gesamtbelegschaft zukommen zu lassen. Wenn dabei auch nur Summen von 5 bis 10 Mark zur Verteilung hätten gelangen können, so würde die Arbeiterschaft wenigstens den guten Willen der Direktion gesehen und darin eine Anerkennung für ihre Jahresleistungen gefunden haben.

Wenn die Direktion sich evtl. der Hoffnung hingegeben haben sollte, daß durch eine derartige Bevorzugung einiger Lieblinge aus der Arbeiter- und Angestelltenchaft die Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft gebracht werden könnte, so hat sie sich sicherlich getäuscht. Im Gegenteil hat dieses Verhalten der Direktion erst recht dazu beigetragen, der Arbeiterschaft des Werkes den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses drastisch vor Augen zu führen. So haben

„Echte“ und „unechte“ Gewerkschaften.

Von Willi Rowotup.

Es hört sich toll an, möchte sich ganz erkunnt der junge Arbeiter zu mir, da spricht unser Sekretär immer von „echten“ und „unechten“ Gewerkschaften. Was ist das, und warum erkunnt man sie? Ich weiß nicht, daß es freie, christliche sind, und kann sie unterscheiden. Aber „echte“ und „unechte“?

„Echte“ sind die, die die Interessen der Arbeiter vertreten, die die Forderungen der Arbeiter nach besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind. „Unechte“ sind die, die die Interessen der Unternehmer vertreten, die die Forderungen der Unternehmer nach besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind.

Die meisten sind nicht wahr, begrenz ich, welches die Hauptaufgabe und Hauptzielsetzung unserer Gewerkschaft ist?

Es regelt die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wichtig, und zwar durch den Tarifvertrag, der ein Arbeitsverhältnis und kein Arbeitsverhältnis ist. Ein weiteres wichtiges Merkmal für die echten Gewerkschaften ist, daß sie unabhängig vom Unternehmer sind. Der sich also von Arbeitnehmern unabhängig unterhalten läßt, verliert das Recht, als echte Gewerkschaft zu bezeichnen.

Ach, ich verstehe das sind 3. 2. die selben. Stimmt, doch wir sind noch nicht am Ende. Grundbedingung ist ferner, daß die Organisation nur Arbeitnehmern angeht. (Wichtiges)

ist Arbeitnehmer selbst; es müßte heißen Arbeitgeber. Denn wir geben ja unsere Arbeitskraft. Doch darüber reden wir ein andermal.

So, wenn das alles ist, was die echten Gewerkschaften auszeichnet, dann ist es für ...

Halt, es ist noch nicht erledigt. Wenn bei Lohnforderungen die Unternehmer nicht bewilligen, was bleibt aus dann als Kampfmittel?

Der Streik.

Sticht es, auch der Streik mag aus, s. h. den echten Gewerkschaften, Waffe im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sein. Die Unternehmer, die weniger besser als wir organisiert sind, können jedesmal ihre ganze wirtschaftliche Macht in die Waagschale werfen. Am nochmals alles zusammenzufassen, merkt ihr die vier Kennzeichen:

Regelung der Arbeitsbedingungen. Unabhängig vom Unternehmer. Nur Arbeitnehmern. Anerkennung des Streiks.

Nun habe ich noch eine Frage: Ist es irgendwo im Gesetz festgelegt, daß nur diese Merkmale gültig sind?

Nein, sie sind es nicht. Aber die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums ist oberer Schlichter geht dahin, und weiter ist durch eine Art privater Regelung der Arbeitnehmern- und Arbeitgeber-Verträge, getroffen durch Legien und Stinnes im Jahre 1918, die Sache anzuerkennen.

Jetzt ist mir alles klar. Nun weiß ich auch, daß wir eine echte Gewerkschaft sind, und bin stolz darauf.

Dann die Judas-Silberlinge der Direktion das Solidaritäts- und Klagengefühl der Arbeiterschaft erneut gestärkt.

Ionen-Konzern

In der deutschen Tapeten-Industrie beginnt bereits auch die Konzernbildung Fuß zu fassen. Insbesondere ist es die Tapetenfabrik Hansa, Ionen u. Ko. in Altona, die ihre Interessensphäre erweitert.

- 1. Tapetenfabrik Hansa, Ionen u. Ko., O. m. b. H., Altona.
2. Tapetenwerk Detolna, Berlin.
3. Tapetenwerk Frankfurt, Frankfurt-Bonames.
4. Tapetenfabrik Hansata-Lincksta, Altona.
5. Tapetenfabrik Deutschland, O. m. b. H., Einbeck.

Der Ionen-Konzern ist in Fachreisen wegen der Herstellung ausgezeichneter Qualitätsware weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt.

Im Gegensatz zu den sogenannten konventionstreuen Tapetenfabrikanten, deren Bestreben wohl darauf gerichtet war, die Tapetenpreise auf einer möglichst angemessenen Höhe zu halten, die diese Konsequenz aber dann sehr häufig vermissen ließen, wenn es sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tapetenarbeiter durch deren Gewerkschaftsorganisationen handelte, kann von Herrn Ionen gesagt werden, daß seine Betriebe die Tarifstreue bisher gewahrt haben und daß der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands als die Organisation der deutschen Tapetenarbeiter von ihm stets anerkannt wurde.

O. Stähler.

Sonderbare Tarifstreue

Der verbindlich erklärte Schiedsspruch vom 16. Dezember 1925 steht bekanntlich vor, daß einer Verlängerung der Arbeitszeit nur mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft entgegen zu treten kann.

Diese Tarifstreue ist manchen Unternehmern recht unangenehm, sie suchen deshalb nach einem Ausweg. Dabei fragen sie den Teufel nach Tarifrecht und Tarifstreue. Zu dieser Sorte von Unternehmern gehört zweifellos auch die Pappfabrik Köhler in Gengenbach.

Um zur 10stündigen Arbeitszeit für die Tagelöhnerarbeiter und zum 12stündigen Schichtsystem für die Wechselarbeiter zu kommen, hat die Firma einfach ihrer gesamten Arbeiterschaft zum Schlusse des Jahres 1925 gekündigt. Erstmals die Handwerkergruppe mit Reparaturarbeiten wasserfest gemacht wird, würde der Betriebsratsvorsitzende, der dieser Handwerkergruppe angehört, mit entlassen. Die Firma versucht nun ihre alten Arbeitnehmer unter der Bedingung der 10- bis 12stündigen Arbeitszeit wieder einzustellen.

Unter Jahrestensur in Offenbach hat gegen dieses tarifwidrige Verhalten bei den in Frage kommenden Behörden bereits Beschwerden erhoben. Wir empfehlen den in Frage kommenden Instanzen des Arbeitgeberverbandes dringend, die Firma darauf aufmerksam zu machen, daß Tarifverträge nicht nur von den Arbeitnehmern, sondern auch von den Arbeitgebern eingehalten werden müssen. Für die gesamte Papierarbeiterchaft aber ist das Vorgehen der Firma Köhler in Gengenbach erneut ein Verweis dafür, daß nur eine gute und geschlossene Gewerkschafts-Organisation in der Lage ist, einer derartigen Scharfmacherwillkür mit Erfolg entgegenzutreten.

O. Stähler.

Gesellschaftsrecht, Betriebsstilllegungen und Konkurse

Die in Nr. 52 des 'Proletariats', Jahrgang 1925, angefangene Zusammenfassung der Gesellschaftsrechten, Betriebsstilllegungen und Konkurse in der deutschen Papierindustrie soll nachstehend ergänzt werden:

Nach dem 'Westfälischen Kurier' haben die zum Reichholz-Konzern gehörenden Holzwerke in Arnsberg 1. Westf. wegen angeblichen Auftragsmangels der gesamten Gesellschaft zum 15. Dezember gekündigt. Der Betrieb soll stillgelegt werden. Diese Maßnahme des Reichholz-Konzerns müßte recht eigenartig an, zumal derselbe in seinen übrigen Betrieben nach wie vor stark an der 60- bis 72- ja sogar 84stündigen wöchentlichen Arbeitszeit festhält.

In Nr. 52 des 'Proletariats' vom vorigen Jahre haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die Cassa & Schaeffelsche Papierfabrik in Heilbronn die Gesellschaftsrechte beibehalten hat. In der Gläubigerversammlung dieses Unternehmens wurde festgestellt, daß die Hälfte des Aktienkapitals als verloren anzusehen sei. Der Antrag der Geschäftsleitung auf Verwindung weiterer 250 000 RM für Verbesserung des Betriebes wurde unter diesen Umständen zurückgewiesen. Die Gesellschaftsversammlung wurde auf 4 Wochen verlängert. Zur Zeit können Verhandlungen wegen eines Verkaufs der Gesellschaft. Wie aus berichtet wird, wurde der Betrieb mittlerweile stillgelegt.

Nach dem 'Oberbayerischen Volksblatt' in Brauch ging die Thurnelssche Papierfabrik in den Besitz der Firma Spinnerei und Weberei Steinen über. Infolge mangelhafter Rentabilität, hervorgerufen durch technische Unvollkommenheit, mußte der Betrieb veräußert werden.

Aber das Vermögen der Mechanischen Pappfabrik 11benstadt, Philipp Bachtel O. m. b. H., in 11benstadt wurde die Gesellschaftsversammlung angeordnet.

Die Gläubigerversammlung der Fa. Appel & Preß, O. m. b. H., Strohpappfabrik in Pungstadt, genehmigte dem Unternehmen ein Moratorium bis zum 1. Mai 1926.

Die A. G. für Spinnerei und Weberei, Oederan t. Sa., hat den Betrieb ihrer Papierfabrik gleichfalls seit einiger Zeit stillgelegt.

Der veräußerte Massebestand der in Konkurs geratenen Württembergischen Holz- und Papp-Industrie A. G. Markgröningen, beträgt 5472 RM, wovon noch die Kosten abgehen.

Nach dem 'Wochenblatt für Papierfabrikation' (Nr. 52/1925) ist der Inhaber der Firma C. F. Berger Papp-Industrie in Altona, Herr Erwin Reis, unter Hinterlassung von etwa 100 000 RM. Schulden in das Ausland veremigert. In Masse ist angeblich nicht einmal mehr so viel da, daß die rückständigen Löhne und Gehälter gedeckt werden können.

Ca. 1000 Arbeiter, die die Papierfabrik in Altona & Spen. betriebe, ihren sämtlichen Arbeitern und Angestellten, etwa 220 Personen, zum 31. Dezember 1925 gekündigt, um den Betrieb stillzulegen.

Nahrungsmittel-Industrie

Zum Lohnabbau in der Rübenzucker-Industrie.

In den Haupttarifbezirken der rübenverarbeitenden Zucker-Industrie sind die Bezirkslohnverträge zum Teil zu Ende. Dezember, zum Teil zu Ende Januar von den Arbeitgebern gekündigt. Ihr Ziel ist ein Lohnabbau von 10 bis 11 Pf. pro Stunde für den Vollarbeiter. Die Zuckerindustriellen gehören zu denjenigen, die immer dabei sind, wenn es gilt, soziale Verschlechterungen durchzuführen. Sie dürfen selbstverständlich auch beim Lohnabbau nicht fehlen. Welches sind nun die Gründe, die für den Lohnabbau geltend gemacht werden? Zunächst wird in fast allen Kündigungsschreiben gesagt, daß der unter dem Druck der Kampagne zustande gekommene Lohn für die Betriebe nicht tragbar sei. Wie sieht es mit diesem Druck aus? In den Mitteldeutschen Bezirken kamen die Verträge in freier Vereinbarung zustande. Ein Druckmittel wurde also nicht angewandt. Im Bezirk Hannover-Braunschweig wurde allerdings in einigen Betrieben vor der Kampagne zur Arbeitsniederlegung gegriffen, mit dem Ziel, wieder einen den Verhältnissen entsprechenden Bezirkslohnvertrag zu erreichen. Wodurch wurden diese zugesprochenen Verhältnisse in diesem Bezirk hervorgerufen?

Die Arbeitgeber im Bezirk Hannover wollten bereits im vorigen Jahre nach Schluß der Kampagne den Lohn abbauen. Sie fanden selbst bei dem amtlichen Schlichtungsausschuß hierfür kein Verständnis. Bei den wiederholten Verhandlungen wurde den Arbeitgebern nachgewiesen, daß die Löhne der Zucker-Industrie anderen Löhnen gegenüber bedeutend zurück seien. Das rührte die Arbeitgeber nicht. Sie fühlten sich im Besitze der Macht und lehnten jede Lohnzulage ab. Das hat natürlich bei der Arbeiterschaft eine starke Verbitterung hinterlassen, die sich zur gegebenen Zeit an irgendeiner Stelle entladen mußte. Druck erzeugt Gegenruck, das alte Sprichwort kam auch hier zur Geltung. Wenn also von Druck gesprochen werden kann, dann sind es die Arbeitgeber gewesen, die durch ihre Haltung diesen 'Druck' erzeugt haben. Wie sieht es nun mit den anderen Gründen aus, die von Arbeitgeberseite angeführt werden?

Es wird behauptet, die Löhne seien für die Industrie nicht tragbar, weil die Rübenenergie und die Ausbeute schlechter sei als im vorigen Jahre. Außerdem seien die heutigen Preise so niedrig, daß ein rationelles Arbeiten nicht möglich sei. Diese Gründe treffen aber nur für bestimmte Bezirke und nur zum Teil zu. Durch eine schlechte Rübenenergie in begrenzten Bezirken kann man doch mit dem besten Willen keinen allgemeinen Lohnabbau begründen auch für solche Bezirke, in denen die Betriebe in diesem Jahre mehr Rüben verarbeitet als im vorigen Jahre. Wir greifen den Bezirk Hannover-Braunschweig heraus.

Laut Mitteilungen in der Fachzeitschrift 'Die Deutsche Zucker-Industrie' haben in diesem Bezirk von 49 von uns erfaßten Betrieben 38 Betriebe in der letzten Kampagne mehr Rüben verarbeitet als im Jahre 1924/25. Drei Betriebe haben die gleichen Mengen verarbeitet, und nur bei acht Betrieben ist eine geringe Minderverarbeitung festgestellt. Unter den Betrieben, die mehr Rüben als im Vorjahre verarbeiteten, befinden sich solche, die ihre Verarbeitungsmenge um 100 000 Zentner und mehr gesteigert haben. Demgegenüber ist der Rückgang in den Betrieben mit Minderverarbeitung sehr minimal. Derartige Schwankungen hat es auch früher gegeben, wie sie die acht Betriebe heute aufweisen. Es kann also festgestellt werden, daß für den Bezirk Hannover-Braunschweig keine Minder-, sondern eine Mehrverarbeitung in Frage kommt. Trotzdem soll aber auch hier der Lohn in obiger Höhe abgebaut werden.

Aber auch jenen Bezirken, bei denen die Ernte in diesem Jahre schlechter ist, ging es nicht immer 'schlecht'. Sie haben früher gute Ernten gehabt und haben in dieser Zeit nicht daran gedacht, daß ihre Arbeiter für einen niedrigen Lohn arbeiten mußten. Es geht also nicht an, in guten Zeiten den Arbeitern nur das zu geben, was man abfordern kann, in weniger guten Zeiten aber die Arbeiterschaft für die schlechte Lage hängen zu lassen. Wenn weiter gesagt wird, daß die Zuckerpreise derzeit niedrig sind, daß die hohen Löhne nicht gezahlt werden können, weil auch der Landwirt sich mit niedrigen Rübenpreisen bescheiden muß, so darf an die Zeit erinnert werden, wo die Zuckerpreise 100 Prozent und mehr über dem Friedenspreis standen. Der Landwirt erhielt auch dementsprechende Rübenpreise, die Löhne aber standen zu jener Zeit kaum den Friedenslöhnen gleich. Die Landwirte steckten damals die hohen Rübenpreise ein, die Arbeiterschaft mußte sich mit niedrigen Löhnen abfinden. Will man also jetzt den Betrieb auf Kosten der Arbeiter rentabel gestalten, dann hätte man auch zu jener Zeit, als es der Zucker-Industrie glänzend ging, an die Arbeiterschaft denken sollen. Das ist nicht geschehen, infolgedessen soll man die Arbeiterschaft jetzt mit diesen Klagenreden versöhnen. Im übrigen zeigt ein nüchternes Rechenexempel, daß man durch einen Lohnabbau, selbst in der Höhe von 10-11 Pf., den die Unternehmer planen, einen Betrieb, der am Ruin ist, nicht hochbringen kann.

Greifen wir einen mittleren Betrieb heraus, der in der Kampagne rund 500 000 Zentner Rüben verarbeitet. In der stillen Zeit werden hier 30-40 Leute beschäftigt. Nehmen wir die Höchstzahl an und rechnen einen Lohnabbau von 10 Pf. pro Stunde, dann macht das pro Tag 32 Mk. oder pro Woche 192 Mk. Wenn es den Herren wirklich gelingt, diese Lohnreduzierung ein halbes Jahr, also 26 Wochen, durchzuführen, dann spart der Betrieb an Arbeitslohn in dieser Zeit 4920 Mk., oder sagen wir rund 5000 Mk. Zahlt diese Fabrik auch nur 1 Mk. für den Zentner Rüben, dann muß sie hierfür schon eine halbe Million aufwenden. Mit ihren sonstigen Unkosten dürfte sie auf eine Ausgabe von 1 Million Mark oder darüber kommen. Wenn ein derartiger Betrieb nur noch existieren kann, indem er auf Kosten der künftigen Arbeiter auf alle Fälle 5000 Mk. sparen muß, dann dürfte er überhaupt nicht mehr lebensfähig sein. Bei so hohen Ausgaben spielen 5000 Mark keine Rolle. Es scheint aber, als ob es den Arbeitgebern gar nicht so sehr auf die ersparte Summe als vielmehr

auf das Prinzip ankommt. Es muß ein Lohnabbau durchgeführt werden. Das geht auch aus der Art hervor, wie die Verhandlungen geführt wurden.

Es uns doch von Arbeitgeberseite klipp und klar erklärt worden, daß ein Verhandeln über den Vorstoß der Arbeitgeber gar keinen Wert hat. Es sei beschlossen, den Lohnabbau in vorgeschlagener Höhe durchzuführen, und daran werde festgehalten. Diese Äußerungen zeigen, daß die Arbeitgeber wieder wie früher den Lohn diktieren wollen, den die Arbeiterschaft erhält. Auch die Art, wie man den Lohnabbau durchzuführen versucht, spricht für sich. Laut Rahmenvertrag sollen die Löhne in den Bezirken nach Ortsklassen geregelt werden. Kampfmaßnahmen sollen unterbleiben, bis die Tarifinstanzen erschöpft sind. Das hat die Arbeitgeber nicht abgehalten, der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben schon zu kündigen und die neuen Lohnsätze durch Aushang bereits bekanntzugeben, bevor die Tarifinstanzen erschöpft waren. Ob das im Sinne einer Tarifgemeinschaft ist, kümmert die Arbeitgeberseite nicht.

Als im vorigen Jahre die Arbeiterschaft im Bezirk Hannover nach einer tariflosen Zeit von circa einem halben Jahre in einigen Betrieben zu Kampfmaßnahmen griff, zu einer Zeit, wo neue Verhandlungen eingeleitet waren, da schrien die Arbeitgeber über Tarifbruch und erklärten, der Lohn kann nur bezirklich geregelt werden. Hier waren aber die Tarifinstanzen im Frühjahr reiflos erschöpft. Jetzt haben die Arbeitgeber die Entscheidungen der Tarifinstanzen gar nicht erst abgewartet, sie diktierten schon vorher in den Betrieben den Lohn, der nach Ablauf der Kündigungsfrist gezahlt werden soll. Das ist nach den Begriffen der Arbeitgeber kein Tarifbruch. Diese Herrschaften haben eben eine ganz besondere Auffassung von der Tarifstreue. Tarifstreue, wenn's ihnen paßt, paßt es ihnen nicht, geht's auch anders?

Die Arbeitgeber haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Zucker-Industrie nicht mit anderen Industrien vergleichbar sei, sie sei ein Nebenbetrieb der Landwirtschaft. Damit soll gesagt werden, daß die Zuckerarbeiter sich bei den Löhnen der Landarbeiter bescheiden müssen; man will also die Zustände der Vorkriegszeit wieder herbeiführen, wo die Arbeiter zu Löhnen arbeiten mußten, die ungefähr halb so hoch waren wie die Löhne der übrigen Fabrikarbeiter. Ob die Arbeitgeber das erreichen, hängt von der Arbeiterschaft selbst ab. Wir glauben aber, sie werden das Gegenteil von dem erzielen, was sie wollen.

Die Arbeiterschaft der Zucker-Industrie hat in den letzten Jahren eingesehen, daß sie nur durch eine Organisation ihre Lage verbessern kann. Sie dürfte den Wert der Organisation schätzen gelernt haben. In ihr wird es liegen, ob sie durch die Organisation auch fernerhin ihre Interessenvertretung suchen wird. Wenn ja, dann gibt es ja auch wieder Zeiten, wo die Herren Arbeitgeber nicht auf einem so hohen Ross reiten als heute. Es wird aber dann in der Zucker-Industrie der Zustand eintreten, daß die Arbeitgeber ihre Macht ausspielen, wenn sie dazu in der Lage sind und die Arbeiterschaft von ihrer Macht Gebrauch macht, wenn es ihr gefällt. Ob das das gewöhnliche Zusammenarbeiten fördert, ist eine andere Frage. Führen aber die Arbeitgeber diesen Lohnabbau durch zu einer Zeit, wo die Arbeiterschaft sich dagegen schlecht zur Wehr setzen kann, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn auch in diesem Fall durch Druck wieder Gegenruck erzeugt wird, zu einer Zeit, wo es den Unternehmern nicht gefällt.

Die Löhne der Zuckerarbeiter lassen sich nicht dauernd auf das Vorkriegslohnniveau herabdrücken. Durch den Krieg und seine Nachwirkungen sind die Lebensbedingungen in den ländlichen Gegenden anders geworden. Eine Ausgleichung der Preise zwischen Stadt und Land hat stattgefunden. Auch die Lebensgehälter werden immer mehr mit Industrie durchsetzt, oder die Einwohner dieser Gebiete werden immer mehr zu Industriearbeitern. Alles das hat dazu geführt, daß die Lebenshaltung in ländlichen Gebieten gegenüber der Stadt heute nicht so günstig ist als früher. Schon aus diesem Grunde können die Zuckerarbeiter sich nicht auf das Vorkriegslohniveau herabdrücken lassen. Wollen sie das aber verhindern, dann ist eins nötig.

Die Kollegenschaft darf sich durch die Maßnahmen der Arbeitgeber nicht mutlos machen lassen. Wiederholt ist an dieser Stelle gesagt, daß in den Reihen der Zuckerarbeiter organisatorische Lücken sind. Unsere sogenannten Auchkollegen glauben, sie erhalten den Lohn ja doch, den der Verband festlegt, ob sie organisiert sind oder nicht. Das ist den Arbeitgebern nicht unbekannt geblieben, und gerade dieser Umstand hat wesentlich zu dem heutigen Vorgehen der Arbeitgeber beigetragen. Klarer kann den Unorganisierten nicht gezeigt werden, wohin die Reise geht. Das Vorgehen der Arbeitgeber muß für alle Verbandskollegen eine dringende Warnung sein. Sie müssen alles aufbieten, auch den letzten Zuckerarbeiter wieder dem Verband der Fabrikarbeiter zuzuführen. Geschieht das, dann kommt auch wieder eine Zeit, wo den Arbeitgebern gezeigt werden kann, daß auch ihre Summe nicht in den Himmel wachsen. Also, an die Arbeit, Kollegen, damit für die Zukunft vorgebeugt wird!

C. G.

Frauenfragen

Die ledige Mutter und die Erwerbslosenfürsorge

Die Erwerbslosenfürsorge soll dem arbeitenden Menschen Schutz bieten für die Zeit, in der er gegen seinen Willen arbeitslos ist. Demnach trägt die Erwerbslosenfürsorge einen sozialen Charakter. Aber die Handhabung der zur Zeit geltenden Erwerbslosenverordnung ist manchmal sehr unsozial. (Die Durchführung der Erwerbslosenverordnung liegt in den Händen der Arbeitsämter.) So ist zu beachten, daß die ledige erwerbslose Mutter nicht in dem Maße in den Genuß der Erwerbslosenfürsorge kommt wie andere von der Erwerbslosenfürsorge unterstützte Personen. An folgendem Beispiel sei dies illustriert:

Nach Ortsklasse A erhält eine Unterstützungsempfängerin, wenn sie mit ihrem Kinde einen eigenen Haushalt führt, wöchentlich Unterstützung:

